

Der Kampf um den Frieden geht weiter

Oskar Flück

Der Friedensprozeß ist am 10. März durch einen schweren Zwischenfall vor der Küste erschüttert worden. Die Versenkung eines LTTE-Versorgungsschiffes, aller Wahrscheinlichkeit nach in internationalen Gewässern, wurde von der Staatspräsidentin Chandrika Kumaratunga persönlich angeordnet. Am gleichen Tag mobilisierte die Opposition eine sechsstellige Menschenmenge, um gegen den Frieden zu protestieren. Zufall?

Tatsache ist, daß den Friedensgegnern offenbar jede Provokation recht ist, um den Friedensprozeß zu stoppen. Deswegen kann der Friedensprozeß nicht als unumkehrbare Tatsache dargestellt werden, sondern muß als fragile Entwicklung mit vielen Unwägbarkeiten betrachtet werden.

Streit unter Sinhalesen und unter Muslimen

In der gegenwärtigen Situation scheint unter den Akteuren niemand dem politischen Gegner den Erfolg zu gönnen. So marschierten sinhalesische Nationalisten unter dem Slogan „Gegen den Ausverkauf unserer Heimat“ gegen den Frieden. Ein Konglomerat von Ultrationalisten wie der *Sibala Urumaya*, der marxistisch-stalinistischen *Janatha Vimukthi Peramuna* (JVP) und der *Sri Lanka Freedom Party* (SLFP) als größte Partei der *People's Alliance* (PA) sowie buddhistische Mönche und Armeekadern wünschten gar in einem gemeinsamen Papier sich die LTTE öffentlich „zur Hölle“ (am 11. März nachzulesen unter www.lankaweb.com). Der JVP-Parlamentarier Weerwansa drohte im Falle einer Machtübernahme schon allen Journalisten, die den Friedensprozeß unterstützen, mit schwerwiegenden Konse-

quenzen.

Chandrika Kumaratunga wirkt derzeit in ihrer Funktion als Staatspräsidentin als Gegenspielerin von Premierminister Ranil Wickremasinghe. Vor allem in militärischen Belangen besitzt sie großen Einfluß. In der politischen Auseinandersetzung kommt ihr zugute, daß sie laut Verfassung jederzeit das Parlament auflösen und auch ihren Regierungschef entlassen könnte. Der letzte Streit zwischen den beiden Kontrahenten fand nach dem Schießbefehl von Kumaratunga an die Marine vom 10. März im Präsidentenpalast statt. Während Wickremasinghe den Befehl als Versuch wertete, den Friedensprozeß mit dieser Demonstration militärischer Stärke zu gefährden, warf ihm Kumaratunga eine zu weiche Haltung gegenüber der LTTE vor.

JVP und PA sind im Hinblick auf die nächsten Wahlen ein Zweckbündnis eingegangen, und einige Oppositionsvertreter stehen offen dazu, daß sie den Krieg und die Vernichtung der LTTE als einzige politische Lösung betrachten. In der PA gibt es allerdings Widerstand, so von der marxistischen LSSP und der Kommunistischen Partei.

Auch der SLMC (*Sri Lanka Muslim Congress*) wird nach wie vor von Meinungsverschiedenheiten erschüttert, da eine dissidente Gruppe ihre Anliegen zu wenig vertreten sieht. Sie kämpft um eine

eigene Delegation bei Friedensverhandlungen, wurde aber bisher parteiintend diszipliniert, nachdem die Absetzung des SLMC-Führer Rauff Hakeem mißlungen war.

Eine wichtige Rolle spielt das Ausmaß der internationalen Unterstützung. Länder wie Norwegen und Japan (politische und wirtschaftliche Hilfe), aber auch Großbritannien (finanziell), die USA (politisch), die Schweiz (finanziell und humanitär: Mienenentschärfungsprogramm), Kanada (politisch) und Deutschland (finanziell) leisten nicht nur substantielle Beiträge zum Wiederaufbau, sondern stärken Premierminister Wickremasinghe den Rücken. Nicht zuletzt wegen der kontinuierlichen internationalen Unterstützung des Friedensprozesses sind der Staatspräsidentin die Hände gebunden. Für Norwegen heißt dies allerdings, daß es für die Opposition zum Hauptobjekt geworden ist, das Symbol ausländischer Einmischung. An dieser Stelle ist zu erwähnen, daß die von Norwegen geführte *Sri Lanka Monitoring Mission* (SLMM) schon mehrfach bewaffnete Auseinandersetzungen beobachtet und somit Menschenleben gerettet hat. Vor allem für die Zivilbevölkerung ist die Arbeit der SLMM ein Segen. Nach einer Reise nach Jaffna nach dem Zwischenfall vom 10. März und einem Treffen mit tamilischen Politikern der *National Alliance* setzte der US-Botsch-

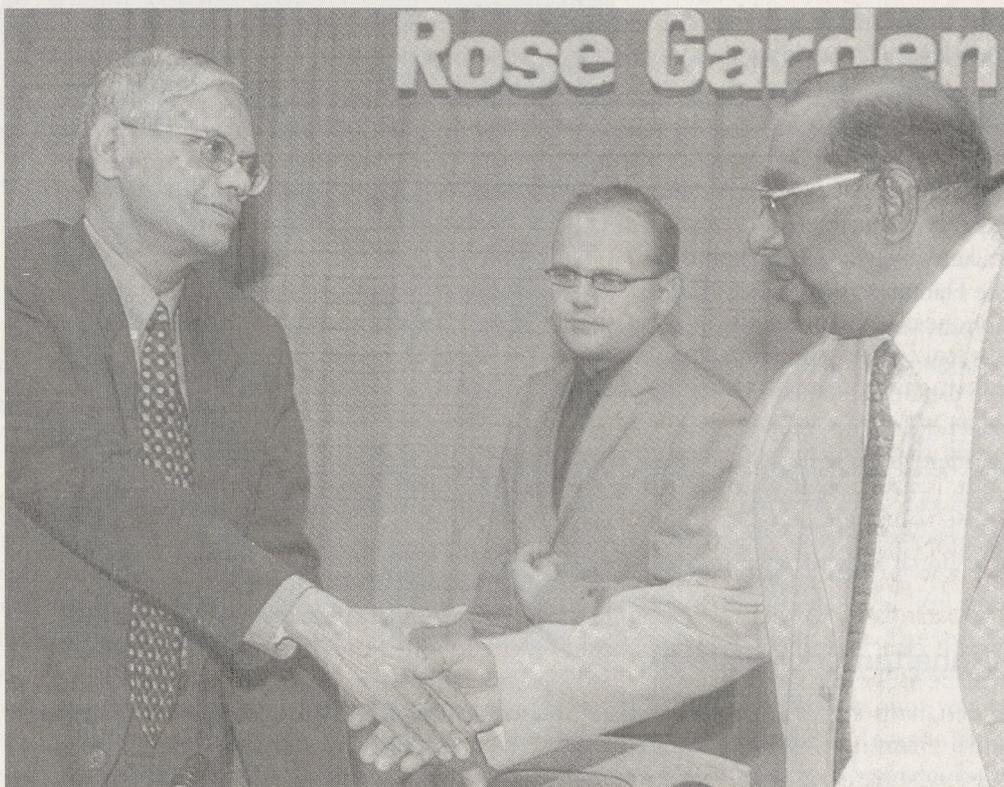
ter ein deutliches Zeichen, daß die USA nicht auf Seiten der oppositionellen Nationalisten steht. Auf internationaler Bühne steht die Staatspräsidentin oft hinter dem Friedensprozeß, in Tat und Wahrheit mißbilligt sie - die einmal angetreten war mit dem Anspruch, Sri Lanka Frieden zu bringen - die Erfolge ihrer politischen Gegner von der United National Party (UNP).

Langsame Normalisierung

Bei den Verhandlungen zwischen der LTTE und der Regierung geht es in erster Linie um eine Normalisierung der Verhältnisse im Norden und Osten, um die Problematik von Kinderrekrutierungen durch die LTTE, um politische Lösungsmodelle im Rahmen eines föderativen Staates und um die Einhaltung von Waffenruhe und Menschenrechten. Die Bevölkerung im Norden und Osten ist mit den Fortschritten durch den Friedenprozeß nur teilweise zufrieden. Für viele geht es zu langsam. Ein Zankapfel zwischen Armee und LTTE ist insbesondere die Wiederbesiedlung verlassener Ortschaften innerhalb der Hochsicherheitszonen der Sicherheitskräfte. So fordern die Armeevertreter eine Entwaffnung der LTTE als Bedingung für eine Wiederansiedlung von Zivilisten. Hier könnten vielleicht entmilitarisierte Zonen und gemischte Patrouillen eine Annäherung in den Positionen erleichtern. Unrealistisch ist dies nicht, zumal der Premierminister eine Integration der LTTE in die Sicherheitskräfte als Bestandteil einer endgültigen Lösung sieht. Zur Zeit sind die Fronten vor allem in Jaffna noch verhärtet. Nördlich von Vavuniya, nahe der Frontlinie von Omanthai, ist hingegen am 8. März ein Wiederbesiedlungsprogramm innerhalb der militärischen Hochsicherheitszone gestartet worden. Der Waren- und Güterverkehr spielt sich meistens reibungslos ab; an einigen Checkpoints aber schikanieren Sicherheitskräfte weiterhin Reisende. Ein positiver Aspekt ist, daß vielerorts

die reichste Ernte seit Jahren eingefahren werden kann, trotz Naturkatastrophen wie Überschwemmungen (Batticaloa/Ampara) und Wirbelstürme (Trincomalee). Viele Länder, auch internationale Organisationen wie UNICEF, WHO oder die asiatische Entwicklungsbank, haben wichtige Projekte in den kriegsversehrten Gebieten gestartet. Mit der Kontrolle von zugesagten Geldern durch die Weltbank verhindert eine neutrale Instanz das Versickern von Finanzhilfen.

fürten Studenten bzw. Schülern auf. In ihrem Bericht über das Jahr 2002 listete die SLMM über 300 Verstöße der LTTE wegen Kinderrekrutierungen auf. Druck gab es in dieser Frage auch von Seiten UNICEF: Am 1. Februar hieß es in einer Veröffentlichung des Kinderhilfswerkes der Vereinten Nationen, daß bei der LTTE fast 1.000 Kinder im Dienst stehen; 730 Klagen wegen Kinderrekrutierungen gebe es. Die LTTE sprach in ersten Reaktionen zunächst von einer Lügenkampagne, einigte sich aber während der Konferenz



Die Verhandlungsführer reichen sich die Hand –
v.r: Anton Balasingham (LTTE), Vidar Helgesen (norw. Außenminister),
G.L. Peiris (Regierung Sri Lanka) Foto: Frontline

LTTE rekrutiert Kinder.

Die Kritik an Kinderrekrutierungen der LTTE kommt nicht nur von sinhalesischer Seite. Diese führte eine Reihe von Schulen namentlich auf, in denen die LTTE neue Minderjährige rekrutiert. Bischof Swamipillai von Batticaloa und Trincomalee tauchte im Januar beim LTTE-Gebietskommandanten Ramesh mit einer Liste mit 20 Namen von ent-

von Berlin 7. und 8. Februar mit ihren Kritikern, 350 Kinder UNICEF zwecks Familienzusammenführung zu übergeben und die Altersgrenze von 18 Jahren in Zukunft strikt einzuhalten.

Politische Lösungsmodelle

Fertige Lösungen liegen noch nicht auf dem Tisch. Modelle anderer Staaten als Vorbild für die künftige politische Ordnung in Sri Lanka, darunter die Schweiz,

Kanada, Australien, Deutschland und die USA, werden studiert. Dafür gibt es auf beiden Seiten spezielle Kommissionen.

Einhaltung der Menschenrechte

Im Bereich der Menschenrechte hat es in jüngster Zeit signifikante Verbesserungen gegeben. Streit gibt es wegen bewaffneter EPDP-Kadern, die nachweislich auch bei Übergriffen beteiligt waren. Diese stehen unter großem Druck der LTTE, sehen sich aber mancherorts einer feindseligen Zivilbevölkerung gegenüber. Zu tief sitzt bei vielen der Ärger, weil ihre Kinder oder Verwandten durch EPDP-Denunzianten den srilankischen Sicherheitskräften in die Hände gefallen waren. Kritik kommt von Seiten der Muslime - weniger offen von Tamilen - gegen die Geldeintreiber der LTTE, welche unzweifelhaft vorgehen würden. Übergriffe gab es aber auch auf LTTE-Büros und LTTE-Angehörige, teils anonym, teils durch Sicherheitskräfte.

Einhaltung der Waffenruhe

Zwischenfälle gibt es vor allem aus dem Meer. Ein erster ereignete sich am 7.02. vor Jaffna, bei einer Inspektion eines LTTE-Bootes wurde von der SLMM Munition und ein leichtes 23-mm Flugabwehrgeschütz gefunden. Daraufhin forderte die Marine die Übergabe des Bootes, worauf sich 3 Seetiger in die Luft jagten. 2 SLMM Beobachter sollen sich nach sinhalischen Quellen mit einem Sprung ins Wasser in Sicherheit gebracht haben. Srilankische Geheimdienstberichte orten den Ursprung des Transportes im ostindischen Hafen Visakhapatnam. Zwischenfälle auf dem Land gab es am 12.02. bei Manipay (Streit wegen Waffengürtel, 8 verletzte LTTE-Frauen) und am 16.02. in Kilali (1 toter Soldat, bei Erkundung in LTTE-Gebiet). Am gravierendsten ist aber der Zwischenfall

rund 200 km östlich von Mullaitivu. Ein von der Marine entdecktes LTTE-Versorgungsschiff ergriff die Flucht, wurde beschossen, nach Angabe der Marine schoß es zuerst, und schließlich auf Befehl von Chandrika Kumaratunga versenkt. Dabei



A. Fernando, Verteidigungsminister, und Armeechef L. Balagalle. Foto:Frontline

starben 11 LTTE-Besatzungsmitglieder. Auf dem Marineschiff wurden 4 Besatzungsmitglieder verletzt. Die LTTE verzichtete in ersten Stellungnahmen auf Vergeltungsschläge und will den Friedensprozeß weiter verfolgen, ihre Geduld soll die sinhalische Seite von der Ernsthaftigkeit ihres Friedenswillens überzeugen - aber der Zwischenfall ist trotzdem ein Rückschlag für den Friedensprozeß, weil vor allem das Vertrauen betroffen ist.

Die Friedensgespräche

Umfragen im Januar bewiesen die starke Verankerung des Friedensprozesses in allen ethnischen Gruppen, auch wenn un-

ter Sinhalisen eine verbreitete Skepsis gegenüber der Glaubwürdigkeit der LTTE vorhanden ist. 46 Prozent unterstützten demnach aber auch hier die gleichberechtigte Teilnahme der LTTE an der Gebietskonferenz in Oslo.

Vom 6. bis 9. Januar 2003 fand in Thailand die 4. Friedensrunde statt. Vereinbart wurden ein Aktionsplan für die Wiederansiedlung von Vertriebenen in Gebieten außerhalb der Hochsicherheitszonen. Dies betrifft etwa 250.000 Personen, beziehungsweise 94.000 Familien. Außerdem ging es um die Untersuchung von Fällen verschwundener Zivilisten und vermißter Soldaten durch das IKRK, einen Bericht eines internationalen Militärexperten über die Hochsicherheitszonenproblematik und die Kontrolle von Hilfgeldern für Projekte im Nordosten durch die Weltbank. Bei der 5. Friedensrunde vom 7. und 8. Februar in Bangkok wurden Vereinbarungen zu den Themen Kinderrekrutierung, Komiteegründungen unter Beteiligung von Muslimen und LTTE-Angehörigen, Vorbeugung von Zwischenfällen auf dem Meer, Definition von Menschenrechtsverletzungen und baldige Realisierung von Wiederansiedlungsprojekten erreicht. Die 6. Friedensrunde fand nach Redaktionsschluß vom 18. bis 21. März in Japan (Hakone/Tokyo) statt. **D**

Internet-Infotip: Weitere vom Autor zum Thema zusammengestellte Informationen unter www.geoflueck.ch.